

10

**Niederschrift einer Besprechung über
die Brennstoffversorgung****München, Montag, 2. Juli 1945**

Beginn:

Ende:

Anwesend: Ministerpräsident Schäffer, Wirtschaftsminister Dr. Lange, der Leiter des Amtes für Ernährung und Landwirtschaft Rattenhuber, Ministerialdirektor Karl August Fischer (Innenministerium), der Leiter der Obersten Baubehörde im Ministerium des Innern Franz Fischer, Landesforstmeister Hoepffner, Oberbürgermeister Dr. Scharnagl, Reichsbahnpräsident Dr. Rosenhaupt, Major a.D. Schwink (Landeswirtschaftsamt), Faltermeier (Landeswirtschaftsamt), Münch (Kohlenwirtschaftsamt der Stadt München), Oberbergdirektor Zieglmeier (Bayerische Berg-, Hütten- und Salzwerke AG), Oberbergrat Dr. Ing. Drescher (Bayerische Berg-, Hütten- und Salzwerke AG), Ministerialrat Dr. Freudling (Finanzministerium).

Tagesordnung: [I. Versorgung mit Kohle. II. Versorgung mit Brennholz. III. Versorgung mit Torf. IV. Instandsetzung beschädigter Wohnräume/Beschaffung von Öfen.]

Ministerpräsident *Schäffer* wies auf eine Anregung der Militärregierung² hin, die Öffentlichkeit³ darauf vorzubereiten, daß im kommenden Winter für den Hausbrand keine Kohle bereitgestellt werden könne.⁴ Er wolle sich zunächst ein Bild darüber machen, welche Maßnahmen zur Versorgung mit Brennstoffen durchgeführt und welche Empfehlungen der Bevölkerung gegeben werden können.

I. Versorgung mit Kohle

1. Oberbergdirektor *Zieglmeier*⁵ erörterte: die oberbayerischen Pechkohlenruben⁶ haben vor der Besetzung monatlich rd. 100.000 t versandt. Nunmehr ist der Versand auf etwa 50.000 t zurückgegangen. Die Gründe liegen in einer Minderung der Belegschaften (auf rd. 4.000 Mann), aus der die Kriegsgefangenen und die Fremdarbeiter ausgeschieden sind (rd. 2.000 Mann),⁷ in der Einschränkung der Arbeitszeit durch Kürzung der täglichen Arbeitszeit von 8 3/4 auf 8 Stunden und Wegfall der Sonntagsschichten (2 Sonntage des Monats) und der Wochenfeiertagsschichten, in der Minderung der Leistung durch Verschlechterung der Ernährung und Ausfall von Arbeitszeit, da vielfach Bergleute zum Schutze ihrer Familien und ihres Heimes vor Überfällen durch Ausländer der Arbeit fembleiben.⁸ Die Kürzung der Arbeitszeit und der Wegfall der Sonn- und Feiertagsarbeit⁹ hat eine Minderung von je 10%, insgesamt 20% zur Folge; beide leistungsmindernde Umstände sind nicht mehr zu beheben. Es wird [schin?] nur eine Höchstförderung von 80.000 t im Monat erreichbar sein.

Anzustreben ist

² Vgl. Nr. 28.

³ Vgl. Schäffer an die Regierungspräsidenten, 10. 7. 1945, und an 21 größere bayerische Städte, 8. 8. 1945 (München, Nürnberg, Augsburg, Würzburg, Regensburg, Fürth, Bamberg, Bayreuth, Hof, Erlangen, Aschaffenburg, Landshut, Weiden, Coburg, Ansbach, Amberg, Straubing, Schweinfurt, Kempten, Passau, Ingolstadt) betr. Versorgung der Bevölkerung mit Brennstoffen (StK 114644).

⁴ Vgl. die Radioansprache Schäffers, undatiert, laut Inhalt einige Wochen vor dem 10. 9. 1945 gehalten (NL Schäffer 14, StK 114644 und 112885).

⁵ Michael *Zieglmeier* (1874–1959), Dipl.-Ing., 1922 Oberbergdirektor bei der dem StMF unterstehenden Generaldirektion der Berg-, Hütten- und Salzwerke, 1927 Vorstandsmitglied (zuständig für Kohle) bei der Berg-Hütten- und Salzwerke AG (BHS), 1929 auch Referent für die Hüttenwerke ohne Luitpoldhütte, April 1945 alleiniger ordentlicher Vorstand der BHS, Februar 1949 Vorsitzender des Vorstandes der BHS, Ruhestand 1951.

⁶ Gemeint sind die Gruben in Hausham, Penzberg, Marienstein, Peißenberg und Peiting. Bei Pechkohle handelt es sich um eine pechschwarze Braunkohle. Der Abbau in den genannten Gruben, in denen bis zu 8.000 Beschäftigte tätig waren, stellte bis Ende der sechziger Jahre den bedeutendsten Bergbauzweig Bayerns dar. S. *Emminger* S. 33–35, zur Produktion bis 1945 *Tenfelde* S. 287.

⁷ S. *Tenfelde* S. 362–367.

⁸ Vgl. Nr. 12 TOP III und Nr. 83.

⁹ Zu den Produktionsverhältnissen im Krieg s. *Tenfelde* S. 357–360.

a) die Belegschaften um rd. 1.000 deutsche Bergleute aus noch kriegsgefangenen deutschen Bergleuten, möglichst aus in Oberbayern beheimateten Bergleuten zu ergänzen; diese 1.000 deutschen Bergleute sollen die ausgefallenen 2.000 Kriegsgefangenen und Fremdarbeiter ersetzen;

b) die örtliche Sicherheit zu erhöhen, insbesondere durch Auflösung des in den letzten Tagen in Peißenberg neu gebildeten Polenlagers;

c) die Ernährung im Rahmen des Möglichen zu bessern. Gedacht ist zunächst an volle Ausnutzung der Werkküchenzulagen durch Ausbau der für die Belegschaften unzureichenden Werkküchenanlagen. Ohne ausreichende Werkküchenanlagen können die zulässigen Zulagen nicht voll ausgenutzt werden.

d) die Bedürfnisse der Werke an Material (Grubenholz, Treibstoff) möglichst zu decken.

2. Die Förderung der Ruhr- und Saarreviere ist erheblich zurückgegangen. Im Ruhrgebiet sollen nur mehr 40.000 t täglich gegenüber 400.000 t gefördert werden; 5% dieser Förderung werden für den Eigenbedarf benötigt. Das Saargebiet soll nur mehr 15.000 Bergleute beschäftigen gegenüber 70.000. Die Kohlevorräte dieser Gebiete sollen größtenteils abgefahren sein. Zufuhr aus fremden Revieren ist bisher nur im Wege des Tausches mit Lebensmitteln und Textilwaren möglich und zwar auf der Grundlage eines Mengenverhältnisses zwischen Kohlen und Tauschgut von 4:1 oder 1:1; das letzte Verhältnis ist wirtschaftlich nicht tragbar. Aus Mitteldeutschland sind bereits Lieferungen eingetroffen, die aber im nördlichen Bayern hängen geblieben sind; ebenso sind Züge aus Böhmen angelangt. Nach der Besetzung von Mitteldeutschland durch Rußland werden neuerliche Verhandlungen nötig.¹⁰ Zur besseren Entwicklung der Zufuhr aus dem Ruhrgebiet sollte mit Genehmigung des Hauptquartiers ein Vertreter ins Ruhrgebiet entsandt werden.¹¹ Wünschenswert ist insbesondere die Inbetriebnahme des Gaswerkes München (früherer monatlicher Bedarf 14.000 t Kohle).

3. Die Armee hat 80% der Förderung der oberbayerischen Gruben beschlagnahmt, d. h. 40.000 t der Förderung von monatlich 50.000 t. Bisher sind noch Kohlevorräte bei den Verbrauchern vorhanden gewesen. Es ist aber anzunehmen, daß bis Ende Juli auch das Lebensmittelgewerbe ohne Brennmaterial ist. Eine Versorgung des Hausbedarfes mit Kohle für den Winter erscheint nicht möglich.

4. Das Kohlenwirtschaftsamt der Stadt München wird eine Aufstellung über den Bedarf der Lazarette, Krankenhäuser, Wasch- und Badeanstalten, Großküchen an Koks bringen.¹² Der monatliche Koksbedarf für Oberbayern und Schwaben war 50.000 t.

II. Versorgung mit Brennholz¹³

1. Die Militärregierung hat 720.000 Raummeter Holz zur Beheizung der Unterkunftsräume und zur Versorgung von armeerichtigen Betrieben beschlagnahmt. 360.000 Raummeter müssen bis 15.7., der Rest bis 15.10. bereitstehen. Die Landesforstverwaltung hat die erforderlichen Weisungen gegeben. Die Mengen werden vorwiegend aus Staatswald beschafft werden müssen, und zwar größtenteils aus bestehenden Vorräten. Die Privatwaldungen werden wenig liefern; der Einschlag in ihnen leidet durch die bevorzugte Heranziehung der Arbeitskräfte zu landwirtschaftlichen Arbeiten. Durch Neueinschlag sollen die gelichteten Vorräte ergänzt werden. Die beschlagnahmten Mengen müssen an die von der Militärregierung bestimmten Sammelplätze angeliefert werden; auch für den Transport hat die Landesforstverwaltung zu sorgen, nur für den Anfang übernimmt die Militärregierung Transporte. Der Antrag, durch weitere Dezentralisierung der Sammelplätze die Transporte zu erleichtern, wurde abgelehnt.

¹⁰ Vgl. Aktennotiz für den MPr., 3. 7. 1945, betr. Gespräche, 1. 7. 1945, mit Vertretern des Mitteldeutschen Braunkohlen-Syndikats in Leipzig (StK 114646).

¹¹ Vgl. dazu den Bericht über den Besuch beim Rheinisch-Westfälischen Kohlen-Syndikat in Essen und beim Rheinischen Braunkohlen-Syndikat, 3.-7. 8. 1945, u.a. zu Kompensationsgeschäften Grubenholz gegen Kohle (StK 114646). Vgl. Nr. 6 TOP XIV.

¹² Schwink an Schäffer, 10. 8. 1945, mit Aufstellung des Koksbedarfs der Stadt München (StK 114646). Vgl. zur Kohleversorgung Münchens OMGBY 9/17-1/6.

¹³ Vgl. allg. *Emminger* S. 89 ff.

2. Im Jahre 1944 lagen dem Einschlag 160% des Hiebsatzes zugrunde; daraus errechnet sich ein Einschlag von 2,9 Mio Festmeter = 4 Mio Raummeter Brennholz im rechtsrheinischen Bayern. Davon entfallen 3,7 Mio Raummeter auf reines Brennholz, 30.000 Raummeter auf Generatorholz.¹⁴ Aus der Holzverarbeitung fallen 300.000 Raummeter ab, von denen 100.000 im Eigenverbrauch, 200.000 für Brennholz verwandt werden. Insgesamt ist daher mit einem Anfall von 4,2 Mio Raummeter Brennholz zu rechnen. Soweit diese Zahlen Anfälle aus Nicht-Staatswäldungen betreffen, beruhen sie auf nicht ganz zuverlässigen Schätzungen. Aus Staatswald sind 1944 1,078 [Mio] Festmeter = 1,5 Mio Raummeter Brennholz angefallen. Nach Abzug der 720.000 Raummeter Lieferung an die Militärregierung und 400.000 – höchstens 450.000 Raummeter – Generatorholz sind aus dem Staatswald rd. 400.000 Raummeter Brennholz zur Verfügung für den allgemeinen Verbrauch zu erwarten. Mit Ergänzungen dieser Mengen ist zu rechnen aus der Selbstaufbereitung von Brennholz, aus der Verwertung des Trümmerholzes, aus Anfällen außerhalb der Wälder (Gärten, Parks, Alleen, Flußauen usw.). Aus Privatwäldungen können erhebliche Mittel anfallen. Besitzern solcher Wäldungen sollten keine Kohle und kein Holz aus Staatswäldungen zugewiesen werden. Auch waldbesitzende Gemeinden sollten ihren Bedarf grundsätzlich aus eigenen Hieben decken, wie es schon bisher in den letzten Jahren gehandhabt worden ist.

Voraussetzung dafür, daß die angegebenen Mengen aus Staatswald bereitgestellt werden können, ist die Gestellung der erforderlichen Zahl von Waldarbeitern¹⁵, deren ausreichende Ernährung und die Erhaltung der bisherigen Löhne. Auch die Beschaffung der Werkzeuge stößt auf Schwierigkeiten; die reichlichen Vorräte sind in großem Umfange geplündert worden.¹⁶ Fraglich ist, ob das geplünderte Gut wieder beschafft werden kann. Von den Lohnkürzungen werden die Waldarbeiter kaum erfaßt werden, da sie das Existenzminimum schützen wird; eine in den nächsten Tagen stattfindende Besprechung im Finanzministerium über die Lohngestaltung in der Forstverwaltung wird sich dieser Frage zuwenden.

3. In den letzten Wochen haben sich viele widerrechtlich übergroße Mengen von Holz angeeignet. Die Forstverwaltung wird der Gendarmerie Angaben darüber machen, in welchen Bezirken besonders große Mengen Holz gestohlen worden sind; es soll versucht werden, das gestohlene Gut der Forstverwaltung wieder zuzubringen. Zunächst soll die Bevölkerung aufgerufen werden, von sich aus gestohlenen Holz zurückzugeben.

4. In (kleineren) Gemeinden werden Arbeitskolonnen aufgestellt, die in Gemeinschaftsarbeit Brennholz gewinnen. Brennholz bekommt nur der zugewiesen, der sich aus berechtigten Gründen an dieser Gemeinschaftsarbeit und am Holzlesen nicht beteiligen kann. Die Forstverwaltung hat nicht die nötigen Kräfte, um im verstärkten Forstschutz Mißbräuche des Holzlesens zu verhindern. Straßenkontrollen der Gendarmerie müßten Auswüchse feststellen.

III. Versorgung mit Torf¹⁷

Für die Gewinnung von Torf ist die Jahreszeit schon weit fortgeschritten; der Stich wird bis zum Winter nicht mehr austrocknen.

IV. Instandsetzung beschädigter Wohnräume/Beschaffung von Öfen

1. Der Mangel an Schnitt- und Werkholz, an Tür- und Fensterbeschlägen, an Nägeln, an Handwerkern macht es unmöglich, Wohnräume in ausreichender Zahl instandzusetzen. Der Holzvorrat ist sehr gering. Die Zufuhr aus Waldgebieten ist durch das Fehlen von Transportmitteln erschwert; vielfach haben die örtlichen Militärbehörden den Abtransport untersagt. Die Freigabe stößt auf Schwierigkeiten, solange der Bedarf der Armee nicht gedeckt ist.

¹⁴ Dieses Holz wurde u.a. als Brennstoff für Autos mit Holzvergaser verwandt.

¹⁵ Vgl. Schäffer an Roßhaupter, 13. 8. 1945 und Bericht Roßhaupters, eingelaufen StK 16. 8. 1945 (StK 114644).

¹⁶ Vgl. Nr. 79.

¹⁷ S. StK 114693.

2. Das Landeswirtschaftsamt wird eine Aufstellung über den Bedarf (Menge, Art), an Ofen- und Rauchofenblechen,¹⁸ Chamottesteinen [Schamottesteinen] für die Öfen, die Bezugsquellen, Verarbeiterfirmen, Transportmöglichkeiten bringen; das gleiche gilt für Flachglas.¹⁹

Im Abdruck an

1. den Herrn Wirtschaftsminister Dr. Arthur Lange in München, Leopoldstr. 28
2. den Herrn Leiter des Amtes für Ernährung und Landwirtschaft Ernst Rattenhuber in München, Prinz-Ludwigstr.
3. den Herrn Ministerialdirektor Karl August Fischer in München, Ministerium des Innern
4. den Herrn Leiter der Obersten Baubehörde im Ministerium des Innern Franz Fischer in München, Gewürzmühlstr. 21
5. den Herrn Landesforstmeister Hoepffner in München, Breisacherstr. 9
6. den Herrn Oberbürgermeister Dr. Karl Scharnagl in München, Rathaus
7. den Herrn Reichsbahnpräsidenten Dr. Karl Rosenhaupt in München, Prielmayerstr.
8. den Herrn Major a.D. Schwink in München, Leopoldstr. 28
9. den Leiter des Kohlenwirtschaftsamtes München Herrn Münch in München, Rochusstr. 6
10. den Herrn Oberbergdirektor Michael Zieglmeier in Peißenberg, Kohlenbergwerk
11. den Herrn Oberbergat Dr.-Ing. Drescher in Peißenberg, Kohlenbergwerk

München, 9. Juli 1945
(Fritz Schäffer)
Bayerischer Ministerpräsident.

¹⁸ Vgl. dazu Schäffer an Lange, 10. 8. 1945 (StK 114644).

¹⁹ Vgl. den Bericht des Landeswirtschaftsamtes (gez. Schwink) an den MPr. betr. Vorbereitungsmaßnahmen für den Winter in Haushaltungen im Hinblick auf die zu erwartende Kohlennot, zur Beschaffung von Öfen und von Flachglas (Fensterglas), 19. 7. 1945 (StK 114644) und Schwink an Lange, 13. 8. 1945, zur Frage der Ofenbeschaffung (StK 114646).